

Prammer: Für viele Frauen wird es 2007 besser werden

Wien (SK) - Gerade die Haushalte mit Niedrigsteinkommen - und das sind zu einem großen Anteil Haushalte alleinstehender Frauen oder von Alleinerzieherinnen - sind 2007 wieder von massiven Teuerungen betroffen. Trotzdem ist die Erste Nationalratspräsidentin und SPÖ-Frauenvorsitzende Barbara Prammer überzeugt: "Für diese Frauen wird es 2007 besser werden." Auch wenn es noch ein weiter Weg bis zur völligen Gleichstellung der beruflichen, familiären und sozialen Chancen von Männern und Frauen sei, vergisst Prammer nicht zu betonen. Eine SPÖ-geführte Regierung werde jedenfalls bessere Rahmenbedingungen für die Erwerbstätigkeit von Frauen bringen und mit der Anhebung der Mindestpension und der Mindestsicherung für mehr Gender-Gerechtigkeit sorgen. ****

Allein zwischen 2001 und 2005 sind Nahrungsmittel um 9,9 Prozent gestiegen und die Kosten für Wohnen um 10 Prozent, während die generelle Inflation nur 7,7 Prozent betrug. Die Waren, die 2007 teurer werden, betreffen neuerlich tendenziell das tägliche Leben. So wurden die Kosten für Strom und Gas wieder angehoben und damit verteuerte sich auch der öffentliche Verkehr. Das ist vor dem Hintergrund des Auseinanderklaffens der Einkommensschere und des Anstiegens der Beschäftigungen im Teilzeitbereich und bei den geringfügig Beschäftigten zu sehen. Aber auch bei Vollzeitbeschäftigungen ist das Realeinkommen der Frauen laut Rechnungshof gesunken: Das Einkommenswachstum lag in fünf von sieben Jahren unterhalb der Inflationsrate. Dazu kommt, dass Frauen laut Einkommensbericht des Rechnungshofs im Durchschnitt nur 60 Prozent des Männereinkommens verdienen.

"Derzeit leben über eine Million Menschen in Österreich an der Armutsgrenze und die Mehrheit sind Frauen", sagte Prammer am Donnerstag gegenüber dem SPÖ-Pressedienst. Immer öfter werde berichtet, dass Menschen Sozialhilfe beziehen, obwohl sie ein Beschäftigungsverhältnis haben. Auch dafür sind die zunehmende Teilzeit, atypische Beschäftigungsverhältnisse und McJobs verantwortlich. "Die Einigung auf eine Mindestsicherung trägt eine deutliche sozialdemokratische Handschrift und kommt vielen dieser Frauen zugute", so Prammer.

Mit dem Thema geringfügige Beschäftigung und Teilzeitarbeit eng

verbunden ist die Situation der Kinderbetreuung in Österreich. Hier wertet es Prammer als großen Fortschritt, dass bei den Koalitionsverhandlungen bereits Einigung besteht, mit den Bundesländern 15a-Verträge über die Öffnungszeiten und qualitativen Ziele der Kindergärten auszuarbeiten.

"Auch beim Kinderbetreuungsgeld muss und wird es Veränderungen geben", sagte Prammer. Mehr Flexibilität ist notwendig, überdies müssen mehr Anreize für Väter geschaffen werden, "um auch ihnen die Karenz schmackhaft zu machen".

Und schließlich konnte bereits mit der Anhebung der Mindestpension ein wichtiger Schritt gegen die Frauenarmut gemacht werden. "Jährlich 504 Euro mehr Pension ist ein sozialpolitischer Meilenstein, der vielen Frauen zugute kommt, da die Mehrheit der AusgleichszulagenbezieherInnen Frauen sind", sagte Prammer und betonte abschließend: "Frauen haben ein Recht auf selbstbestimmte Lebensplanung und eine chancengleiche Teilhabe an Beruf und Gesellschaft. Voraussetzung dafür ist die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Abfederung prekärer Lebens- und Arbeitsverhältnisse. Das Jahr 2007 wird vielen Frauen hier mehr Sicherheit und mehr Lebenschancen bringen." (Schluss) up

Rückfragehinweis:

Pressedienst der SPÖ
Tel.: 01/53427-275
<http://www.spoe.at>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0027 2007-01-04/09:29

040929 Jän 07

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20070104_OTS0027